

Stellungnahme von  
Brot für die Welt, Evangelisches Werk für  
Diakonie und Entwicklung e. V.

<p><b>Deutscher Bundestag</b> Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft</p> <p>Ausschussdrucksache <b>20(10)20-B</b></p> <p><b>öA "Nahrungsmittelversorgung"</b></p> <p><b>13. Mai 2022</b></p>
--

für die 10. Sitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft

öffentliche Anhörung

zu

dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

„Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt  
sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest  
gestalten“  
(BT-Drs. 20/1336)

am Montag, dem 16. Mai 2022,

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Die an den Deutschen Bundestag übermittelte Ursprungsdatei ermöglichte keine Weiterverarbeitung zu einer barrierefreien Ausschussdrucksache.



Stellungnahme von Brot für die Welt zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (EL-Ausschuss):

"Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten"

Vorbemerkung:

Partnerorganisationen von Brot für die Welt in der Ukraine und Russland waren und sind von den Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs von Russland gegen die Ukraine direkt betroffen. Wir verurteilen diesen Angriffskrieg auf das Schärfste und tun das uns Mögliche, um unseren Partnern vor Ort zu helfen.

Die Stellungnahme selbst wird sich vornehmlich mit den Auswirkungen des Angriffskriegs auf die sich verschärfende Welternährungskrise und die Reaktionen von und in Deutschland auf diese befassen.

## Eine globale Krise braucht globale Antworten

### 1. Einführung:

Schon vor dem Angriff Russlands gegen die Ukraine befand sich die Welt in einer chronischen Ernährungskrise.

Seit 2014 stieg die Zahl der Hungernden, nachdem sie in den Jahren zuvor auf rund 600 Millionen Menschen zurückgegangen war, wieder deutlich an.<sup>1</sup> Als Treiber für die Verschlechterung der Welternährungslage nennt der SOFI Bericht 2021<sup>2</sup> die Zunahmen von bewaffneten Konflikten, Klimaveränderungen und klimawandelbedingte Wetterextreme, sowie die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums bzw. eine wirtschaftliche Rezession. Armut und Ungleichheit sind die strukturellen Ursachen für Ernährungsunsicherheit und Unterernährung in all ihren Formen, die die negativen Auswirkungen der oben genannten globalen Faktoren noch verstärken.

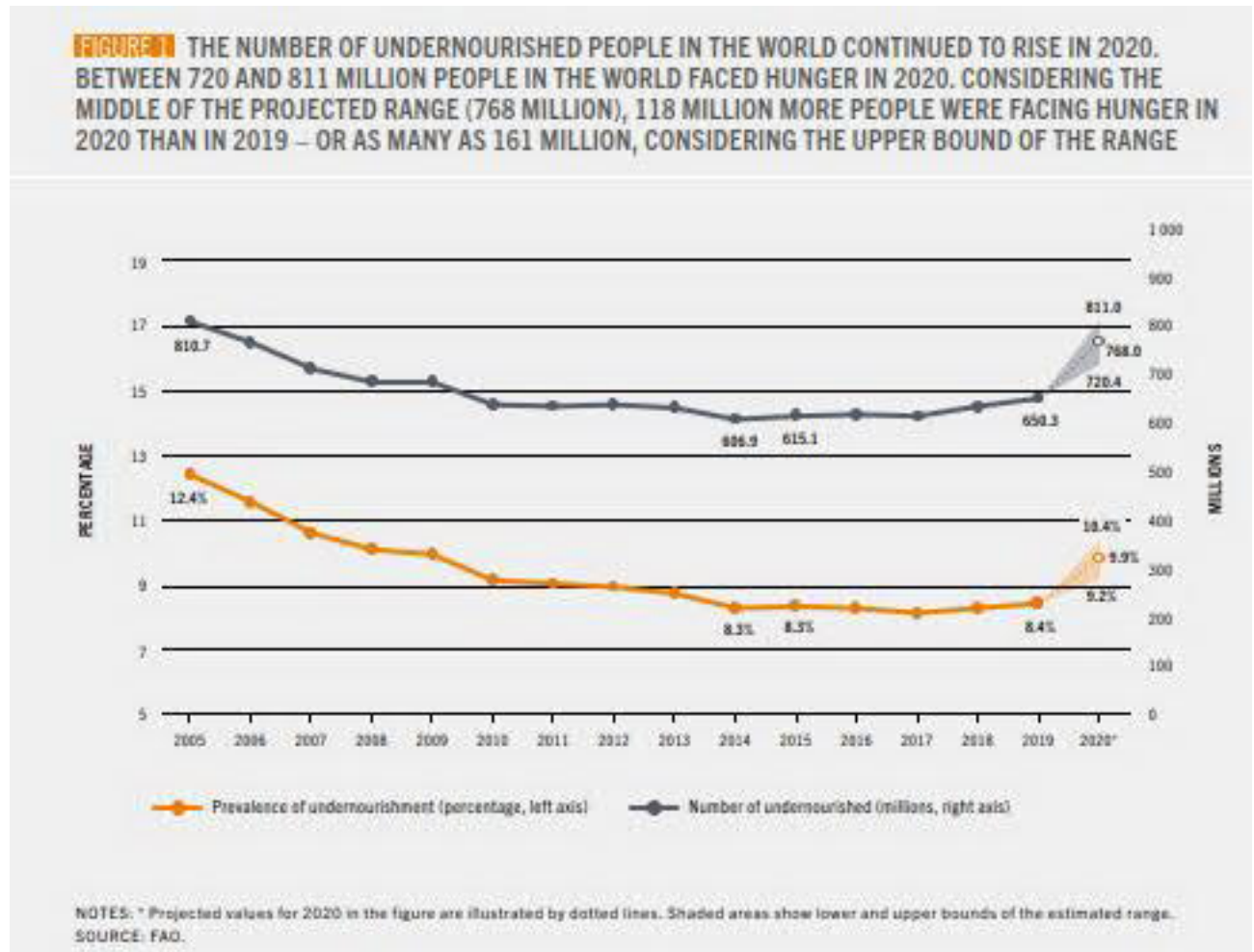
Die Welternährungskrise basiert, so der FAO-Bericht, nicht auf einem globalen Mangel an Lebensmitteln, sondern auf einer Vielzahl anderer Faktoren, die vor allem mit Armut, Ungleichheit und Klimawandel zusammenhängen.

---

<sup>1</sup> <https://www.fao.org/documents/card/en/c/cb4474en>

<sup>2</sup> <https://www.fao.org/documents/card/en/c/cb4474en>

Dies muss bei der Antwort auf die sich jetzt verschärfende Krise unbedingt bedacht werden. Da diese Krise derzeit vor allem eine Preiskrise ist, werden sich Antworten, die sich auf Produktionssteigerung und -ausweitung konzentrieren, ins Leere laufen und die Hungernden nicht erreichen.



## 2. Zusammenfassung und Kernforderungen

### 2.1. Zusammenfassung:

Schon vor dem Angriff Russlands gegen die Ukraine befand sich die Welt in einer chronischen Ernährungskrise. Die Welternährungskrise basiert, so die SOFI-Berichte der FAO, nicht auf einem globalen Mangel an Lebensmitteln, sondern auf einer Vielzahl anderer Faktoren, die vor allem mit Armut, Ungleichheit und Klimawandel zusammenhängen. Dies muss bei der Antwort auf die sich jetzt verschärfende Krise unbedingt bedacht werden. Da diese Krise derzeit vor allem eine Preiskrise ist, werden sich Antworten, die sich auf Produktionssteigerung und -ausweitung konzentrieren, ins Leere laufen und die Hungernden nicht erreichen. Der augenblicklich starke Fokus in der Debatte um die sich verschärfende Welternährungskrise auf Weizen überschattet grundlegende Probleme im Welternährungssystem. Wenn nur noch vier Feldfrüchte (Zuckerrohr, Mais, Weizen und Reis) über die Hälfte der Weltprimärproduktion von Lebensmitteln ausmachen, dann wird deutlich, in welcher gefährlichen Schieflage sich das Welternährungssystem befindet. Weiter ist es wünschenswert, in der

Debatte um die Weizenimportabhängigkeit einzelner afrikanischer Staaten diese in Zusammenhang mit dem Prozentanteil von Weizenprodukten an der täglichen Kalorienaufnahme pro Person zu betrachten. Die FAO Food Balance Sheets erfassen diese Daten. Erst so kann die Bedeutung von Weizen in der täglichen Ernährung in ein sinnvolles Verhältnis zu den Weizenimporten der jeweiligen Staaten gesetzt werden. In der bisherigen Debatte wird dies nicht getan.

## 2.2. Kernforderungen:

### Welternährungsarchitektur

Eine außerordentliche Sondersitzung des CFS zur Ernährungskrise ist notwendig, damit die Fehler aus der Corona-Hunger-Pandemie, die zu einem vermeidbaren drastischen Anstieg der Hungerzahlen geführt haben, nicht wiederholt werden.

Bisher wird in der Debatte zur Krisenreaktion vor allem über die besonders betroffenen Staaten und die betroffenen Gruppen gesprochen statt mit ihnen. Für eine erfolgreiche Krisenantwort muss sich dies ändern. Bester Ort für diesen Dialog ist das CFS.

Insgesamt sollten die verschiedenen Initiativen der Bundesregierung zur Krisenreaktion gut untereinander koordiniert, mit dem Kanzleramt abgestimmt und am Recht auf Nahrung ausgerichtet sowie auf das CFS fokussiert werden.

Darüber hinaus ist anzuraten, den Sonderberichterstatler zum Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, in die Planungen der deutschen Bundesregierung zur Krisenantwort einzubeziehen. Herr Fakhri sollte im Zuge der Vorbereitung des G7 Gipfels in Elmau konsultiert werden.

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass ein starker globaler Fonds für soziale Sicherung geschaffen wird.

### Bei jeder Krisenreaktion müssen kurzfristige und mittelfristige Maßnahmen zusammenpassen

Das WFP ist geschaffen worden, um konkrete, kurzfristige und direkte Nothilfe zu leisten, auf die weit über hundert Millionen Menschen angewiesen sind. Für diese Arbeit muss das WFP angesichts der Krise deutlich besser ausgestattet werden. Es darf nicht weiter wie die letzten Jahre chronisch unterfinanziert sein.

Neben dem WFP müssen aber auch das CFS, das eine politische Entscheidungsfindung koordiniert, der IFAD zur direkten Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern und die FAO als große Institution der Welternährung deutlich besser finanziell ausgestattet werden, um mittel- und langfristige Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

Welternährung braucht Diversität, nicht nur Weizen., Um mehr Diversität auf dem Acker und dem Teller zu gewährleisten und die bäuerlichen Saatgutrechte zu stärken, muss die Bundesregierung sowohl den FAO Saatgutvertrag als auch den Global Crop Diversity Trust besser finanzieren.

Nahrungsmittelspekulation muss eingedämmt und Agrarmärkte transparent gemacht werden.

Die Abhängigkeit des weltmarktbasiernten Ernährungssystems von billiger fossiler Energie sollte überwunden werden. Die Welt kann sich die energieintensiven Anbaumethoden der Grünen Revolution nicht mehr leisten. Der Agrarökologie gehört die Zukunft. Dies bedeutet: Bei der Reaktion auf die verschärfte Ernährungskrise, müssen die Produzent:innen in den Fokus der Unterstützung und Förderung gestellt werden, die ohne oder mit sehr wenig chemischen Düngemitteln arbeiten. Gleiches gilt für Pestizide.

Vor diesem Hintergrund ist dem vielfach geforderten Rollback in der Agrarpolitik insbesondere mit Blick auf die Farm-to-Fork-Initiative der EU entschieden entgegen zu treten. Aufgabe der Politik ist es vielmehr, zu prüfen, wo die Transformation des Agrar- und Ernährungssystems angesichts der tieferliegenden Ursachen der Krise noch weiter beschleunigt werden kann. Eine wichtige Stellschraube ist die Aussetzung der Beimischungsquoten für Treibstoffe. Getreide gehört auf den Teller und nicht in den Tank. Ebenso muss der Umbau der Tierhaltung inklusive der Reduktion der Tierbestände vorangebracht werden. International ist die Agrarökologie stark zu fördern.

Was es nicht braucht sind falschen Lösungen, die auf Risikotechnologien wie der alten und neuen Gentechnik basieren.

## Eine globale Krise braucht globale Antworten

### 3. Die Corona-Hunger-Pandemie

Drastisch verschärft wurde die Welternährungslage durch die Corona-Pandemie ab Ende 2019. Von 2019 auf 2020 stieg die Zahl der Hungernden dramatisch um bis zu 161 Millionen Menschen auf 811 Millionen. Zusätzlich hatten fast 2,37 Milliarden Menschen im Jahr 2020 keinen Zugang zu angemessener Nahrung - ein Anstieg um 320 Millionen Menschen in nur einem Jahr.<sup>3</sup>

Die im Welternährungsrat (CFS) organisierte Zivilgesellschaft (Civil Society and Indigenous Peoples Mechanism, CSIPM) hat frühzeitig und kontinuierlich seit Beginn 2020, zusammen mit dem Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, auf diese kommende Hungerkrise hingewiesen und eine global im CFS koordinierte Antwort auf Basis des Rechts auf Nahrung eingefordert.<sup>4</sup> Aus der Perspektive von Brot für die Welt, des CSIPM und des Sonderberichterstatters hätte die starke Verschärfung der Welternährungslage mit einer koordinierten Antwort verhindert werden können und müssen. Die Fehler, die bei der Corona-Hunger-Pandemie von der internationalen Staatengemeinschaft gemacht wurden und für bis zu 161 Millionen Menschen Hunger zur Folge hatte, dürfen mit Blick auf die sich erneut verschärfende Krise nicht wiederholt werden.

### 4. Globale Food Governance, globale Krisenantwort

Aus Sicht von Brot für die Welt ist zu begrüßen, dass sich die Bundesregierung ihrer internationalen Verantwortung mit Blick auf die sich verschärfende Welternährungskrise stellt, dies insbesondere vor

---

<sup>3</sup> <https://www.fao.org/documents/card/en/c/cb4474en>

<sup>4</sup> <https://www.csm4cfs.org/csm-preliminary-messages-covid-19/> und <https://www.csm4cfs.org/policy-processes/global-policy-response-to-covid-19/>

dem Hintergrund der G7-Präsidentschaft von Deutschland im Jahr 2022. So ist Bundeskanzler Scholz Mitglied der Champions Group der von UN Generalsekretär António Guterres einberufenen Global Crisis Response Group.<sup>5</sup>

Gleichzeitig setzen sich BMEL und AA diesmal frühzeitig für eine außerordentliche Sondersitzung des CFS zur Ernährungskrise unter dem Eindruck der Folgen des Krieges gegen die Ukraine ein. Zusätzlich hat Agrarminister Özdemir eine zentrale Rolle des CFS bei der Krisenbewältigung gefordert. Dieses Anliegen unterstützen wir.

Weiter hat Bundesentwicklungsministerin Schulze bei der Weltbank-Tagung im April eine neue Allianz für Ernährungssicherung angekündigt.<sup>6</sup> Wir begrüßen, dass das BMZ eine Initiative ergreift, um der Verschärfung der Ernährungskrise zu begegnen. Vorrang hätte es aus unserer Sicht allerdings, dass dafür zuständige CFS zu stärken. Eine Orientierung der Governance-Strukturen an denen des CFS oder die Anbindung der geplanten Allianz an das CFS wären mit Blick auf die Umsetzung des Rechts auf Nahrung und den Einbezug der Betroffenen von größer Bedeutung.

Insgesamt sollten die verschiedenen Initiativen der Bundesregierung gut untereinander koordiniert, mit dem Kanzleramt abgestimmt und am Recht auf Nahrung ausgerichtet sowie auf das CFS fokussiert werden. Darüber hinaus ist anzuraten, den Sonderberichterstatte zum Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, in die Planungen der deutschen Bundesregierung zur Krisenantwort einzubeziehen. Angesichts der Im Koalitionsvertrag vereinbarten Stärkung der UN-Sonderberichterstatte, möchten wir vorschlagen, Herrn Fakhri im Zuge der Vorbereitung des G7 Gipfels in Elmau zu konsultieren.

5. Wieso ist das CFS bei der Reaktion auf die sich verschärfende Welternährungskrise so wichtig?

Das CFS ist das inklusivste Gremium des UN-Systems. Es wurde nach der Welternährungskrise von 2007-2008 einer intensiven Reform unterzogen, insbesondere um denen, die von Hunger und Mangelernährung am stärksten betroffen sind, ein Mitspracherecht in politischen Entscheidungen zu geben. Gleichzeitig ist im CFS das Recht auf Nahrung als Richtschnur für alle inhaltlichen Prozesse verankert. Dies gerade auch, um deutlich zu machen: Hunger und Mangelernährung sind Menschenrechtsverletzungen, und es ist Aufgabe der Staaten, ihre Bevölkerung vor diesen Menschenrechtsverletzungen zu schützen.

Das Menschenrecht auf angemessene Nahrung wird zurzeit für ein Drittel der Menschheit verletzt. Antworten auf diese Rechtsverletzungen müssen in dem Gremium gefunden werden, dass an der Umsetzung dieses Menschenrechts orientiert ist, dem CFS.

Eine Sondersitzung des Plenums des CSF würde es ermöglichen, dass auch die von der sich verschärfenden Ernährungskrise besonders betroffenen Staaten und Betroffenen-Gruppen im CSIPM zu Wort kommen und ihre Forderungen zur Krisenlösung vorbringen können.

Dazu der CSIPM in einem offenen Brief an den Vorsitzenden des CFS: „Unserer Ansicht nach sollte so bald wie möglich eine außerordentliche Vollversammlung des CFS einberufen werden, um sich mit der neuen globalen Notlage zu befassen und die Ansichten und Forderungen aller betroffenen

---

<sup>5</sup> <https://news.un.org/pages/global-crisis-response-group/>

<sup>6</sup> <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/schulze-will-buendnis-fuer-globale-ernaehrungssicherheit-107742>

Länder, Gemeinschaften und Akteure im Hinblick auf eine global koordinierte politische Reaktion zusammenzubringen. Besonderer Raum und besondere Aufmerksamkeit sollte den Ländern und Bevölkerungsgruppen gewidmet werden, die am stärksten von der neuen Krise betroffen sind. Regierungen aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die von Nahrungsmitteln abhängig sind, aus Ländern mit hoher Ernährungsunsicherheit und aus Ländern, die viele Flüchtlinge aufnehmen, sollten eine führende Rolle in dieser außerordentlichen Plenarsitzung spielen, indem sie ihre Analysen und Vorschläge einbringen und die Schlussfolgerungen ausarbeiten.“<sup>7</sup>

Bisher wird in der Debatte vor allem über die besonders betroffenen Staaten und die betroffenen Gruppen gesprochen statt mit ihnen. Für eine erfolgreiche Krisenantwort muss sich dies ändern.

Gerade mit Blick auf die von der Preiskrise besonders betroffen MENA-Staaten (Middle East and North Africa), die sich häufig nicht durch gute und demokratische Regierungsführung auszeichnen, ist es wichtig, Lösungen zur Krise in einem Gremium zu finden, das sowohl auf der Basis des Menschenrechts auf Nahrung arbeitet, als auch der Zivilgesellschaft eine besondere Möglichkeit zur Mitsprache bietet. Eine solche Mitsprache ist in den MENA-Staaten selbst meist nicht gegeben.

Mit dem High Level Panel of Experts<sup>8</sup> verfügt das CFS zudem über ein ausgezeichnetes Wissenschaftsgremium, das seit 2011 16 hochrelevante Berichte<sup>9</sup> zu aktuellen Themen der Welternährung verfasst hat, u.a. zu Preisvolatilität oder Agrarökologie. Auch ein erstes Briefing mit Politikempfehlungen zu den Folgen des Krieges gegen die Ukraine wurde vorgelegt.<sup>10</sup> Hierauf und auch auf die klaren Verfahren und Strukturen des CFS, mit denen auch der Privatsektor positive Erfahrungen gemacht hat, sollte eine die globale Krisenreaktion aufbauen.

6. Bei jeder Krisenreaktion müssen kurzfristige und mittelfristige Maßnahmen zusammenpassen

Auf das CFS zu setzen bedeutet, auch das WFP zu stärken, denn zur Zeit wird es mit Aufgaben überladen, denen es nicht gerecht werden kann. Das WFP ist geschaffen worden, um konkrete, kurzfristige und direkte Nothilfe zu leisten, auf die weit über hundert Millionen Menschen angewiesen sind. Für diese Arbeit muss das WFP angesichts der Krise deutlich besser ausgestattet werden. Es darf nicht weiter wie die letzten Jahre chronisch unterfinanziert sein. Was das WFP aber nicht leisten kann, ist die die chronischen mittel- und langfristigen Probleme der Welternährung zu lösen. Von Medien und von politischen Entscheidungsträgern wird aber immer häufiger der Eindruck erzeugt, genau dies sei auch die Aufgabe des WFP und mit reiner Nothilfe ließen sich die Probleme der Welternährung lösen. Aber dies ist nicht der Fall. Hier braucht es andere Organisationen wie das CFS, das politische Entscheidungsfindung koordiniert, den IFAD zur direkten Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern und die FAO als große Institution der Welternährung. Leider sind auch diese Organisationen chronisch unterfinanziert und zu wenig im öffentlichen und politischen Diskurs präsent.

7. Welche kurzfristigen Maßnahmen helfen sich verschärfende Ernährungskrise zu reagieren?

---

<sup>7</sup> <https://www.csm4cfs.org/csipm-open-letter-to-the-committee-on-world-food-security-chair-%ef%bf%bc/>

<sup>8</sup> <https://www.fao.org/cfs/cfs-hlpe>

<sup>9</sup> <https://www.fao.org/cfs/cfs-hlpe/hlpe-reports/en/>

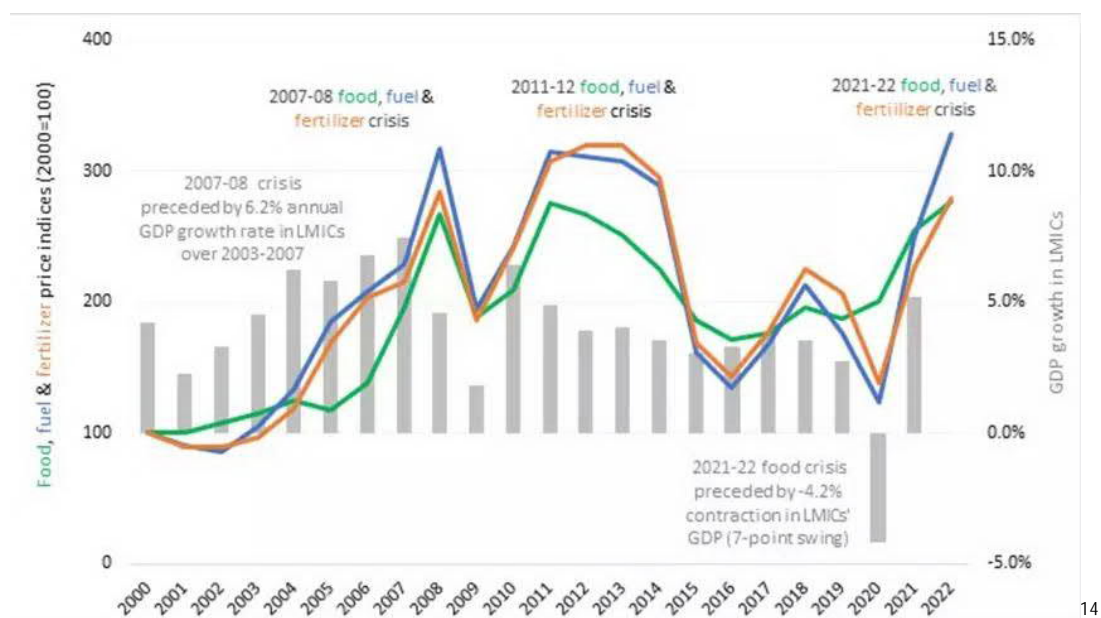
<sup>10</sup>

[https://www.fao.org/fileadmin/templates/cfs/Docs2122/Bur/220429/Impacts\\_of\\_the\\_military\\_conflict\\_in\\_Ukraine\\_on\\_global\\_FSN\\_HLPE\\_briefing\\_note\\_2022-04-14.pdf](https://www.fao.org/fileadmin/templates/cfs/Docs2122/Bur/220429/Impacts_of_the_military_conflict_in_Ukraine_on_global_FSN_HLPE_briefing_note_2022-04-14.pdf)



Bei der Antwort auf diese Frage ist es zentral auf die Analyse der Ausgangssituation zurückzukommen. Die chronische Welternährungskrise basiert, so die SOFI-Berichte der letzten Jahre und insbesondere der Bericht von 2021<sup>11</sup>, nicht auf einem globalen Mangel an Lebensmitteln, sondern auf einer Vielzahl anderer Faktoren, die vor allem mit Armut, Ungleichheit und Klimawandel zusammenhängen. Daher liegt es nahe, dass die momentane Krise vor allem von überhöhten Preisen getrieben wird. Preisen die vor allem auch von Spekulation an den Börsen getrieben wird. Hier ist es an der Zeit endlich von staatlicher Seite deutlich und konsequent einzugreifen. Es muss endlich an Instrumenten umgesetzt und nachgeschärft werden was bereits im Anschluss an die Ernährungskrise 2007/2008 entwickelt wurde. Die HLPE-Berichte von 2011 zu Preisvolatilität sind dazu ein guter Ansatzpunkt.<sup>12</sup> Um der Spekulation entgegen zu wirken, ist es auch notwendig, wie von IPES Food gefordert, die großen Getreidehändler Archer-Daniels Midland, Bunge, Cargill, Dreyfus und Andere zu verpflichten, ihre Bestände offen zu legen und so Markttransparenz zu schaffen.<sup>13</sup>

#### 8. Die Abhängigkeit des weltmarktbasiereten Ernährungssystems von billiger fossiler Energie überwinden



Das weltmarktbasierete und von der Welthandelsorganisation (WTO) auf globalen Wettbewerb getrimmte Ernährungssystem ist in hohem Maße von billiger fossiler Energie für Düngemittelproduktion und Transport abhängig. Diese Abhängigkeit ist angesichts des Klimawandels fatal und muss überwunden werden, um das Welternährungssystem mittel- und langfristig krisenfest zu machen.

Schaut man auf die Nahrungsmittelkrisen der letzten Jahre, insbesondere der Jahre 2007-2008 und 2011-2012, und auf die jetzige Krise, sieht man einen fatalen Zusammenhang von Energiepreisen, Düngemittelpreisen und Nahrungsmittelpreisen. Dieser Zusammenhang muss durchbrochen werden,

<sup>11</sup> <https://www.fao.org/documents/card/en/c/cb4474en>

<sup>12</sup> <https://www.fao.org/cfs/cfs-hlpe/hlpe-reports/hlpe-price-volatility-and-food-security-report-elaboration-process/en/>

<sup>13</sup> [https://ipes-food.org/\\_img/upload/files/AnotherPerfectStorm.pdf](https://ipes-food.org/_img/upload/files/AnotherPerfectStorm.pdf)

<sup>14</sup> <https://www.weforum.org/agenda/2022/03/a-food-crisis-was-brewing-even-before-the-ukraine-war-but-taking-these-three-steps-could-help-the-most-vulnerable>

da der hohe Einsatz von chemischen Düngemitteln und deren Herstellung extrem energieintensiv und klimaschädlich sind. Die Energiepreise werden, sollen die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreicht werden, weiter hoch bleiben.

## Real prices for food and fertilizer

Index based on constant USD prices. Base 100 = Average 2000-2020



Chart: David Laborde • Source: World Bank, U.S. Bureau of Labor Statistics

15

Die Welt kann sich die energieintensiven Anbaumethoden der Grünen Revolution nicht mehr leisten. Der Agrarökologie gehört die Zukunft. Dies bedeutet: Bei der Reaktion auf die verschärfte Ernährungskrise müssen jene Produzent:innen in den Fokus der Unterstützung und Förderung, die ohne oder mit sehr wenig chemischen Düngemitteln und Pestiziden arbeiten.

### 9. Agrarpolitischen Rollback verhindern Agrarökologie stärken

Vor diesem Hintergrund ist dem vielfach geforderten Rollback in der Agrarpolitik insbesondere mit Blick auf Farm.to-Fork-Strategie entschieden entgegen zu treten. Aufgabe der Politik ist es, viel mehr zu prüfen wo, die Transformation des Agrar- und Ernährungssystems angesichts der tieferliegenden Ursachen der Krise noch weiter beschleunigt werden kann. Zentrale Stellschrauben sind hier die Aussetzung der Beimischungsquoten für Treibstoffe. Getreide gehört auf den Teller und nicht in den Tank. Ebenso muss der Umbau der Tierhaltung inklusive der Reduktion der Tierbestände

<sup>15</sup> <https://www.ifpri.org/blog/high-fertilizer-prices-contribute-rising-global-food-security-concerns>

vorangebracht werden. Durch beide Maßnahmen werden wichtige Anbauflächen frei, die entweder zur menschlichen Ernährung oder zur Stärkung der Biodiversität genutzt werden können.

International ist die Agrarökologie stärker zu fördern. Hier haben die deutsch-indischen Regierungskonsultationen Anfang Mai ein wichtiges Zeichen gesetzt. Agrarökologie wurde auf höchster Ebene verhandelt<sup>16</sup> und wichtige wegweisende Abkommen mit dem BMZ wurden unterzeichnet.<sup>17</sup> Dieser Weg muss von der Bundesregierung konsequent und insbesondere mit Blick auf Afrika und Lateinamerika fortgesetzt werden.

#### 10. Keine falschen Lösungen

Vermeintliche Lösungsansätze wie die Erhöhung des Düngemiteleinsatzes, die Subventionierung von Düngemitteln oder Pestiziden oder die Forcierung des Einsatzes von alter und neuer Gentechnik, führen in die Irre. Angesichts der Krise setzen insbesondere Lobbyisten des Agrobusiness wieder alle Hoffnungen auf fehleranfällige Risikotechnologien. Sie suggerieren, dass innovative Technologien Produkte kurz vor der Markteinführung stünden, die sich tatsächlich noch auf der Ebene der Grundlagenforschung befinden.<sup>18</sup> Dies ist einem sachlichen und lösungsorientierten Diskurs zur Krise wenig zuträglich.

#### 11. Welternährung braucht Diversität - nicht nur Weizen

Die Debatte um die sich verschärfende Welternährungskrise ist derzeit vor allem auf Weizen fokussiert. Dies überschattet grundlegende Probleme im Welternährungssystem. Wenn nur noch vier Feldfrüchte (Zuckerrohr, Mais, Weizen und Reis) über die Hälfte der Weltprimärproduktion von Lebensmitteln ausmachen, dann wird deutlich, in welcher gefährlichen Schiefelage sich das Welternährungssystem befindet.<sup>19</sup> Insbesondere, da Zucker nur in extrem geringen Mengen Teil einer gesunden Ernährung sein kann. Eine Differenzierung der globalen Anbau- und Produktionssysteme ist überfällig, und eben nicht eine weitere Intensivierung der Weizenproduktion. Insbesondere in Afrika fordern viele Bäuerinnen und Bauern, dass von staatlicher Seite wieder traditionelle Getreide wie Hirse gefördert und vor allem wieder Saatgut verfügbar gemacht werden sollen. Traditionelle Getreidesorten haben einen besseren Nährstoffgehalt, brauchen weniger Wasser und keinen chemischen Dünger. Einen positiven und wichtigen Beitrag zur Diversifizierung der Anbausysteme und ihrer Anpassung an den Klimawandel sowie der Stärkung bäuerlicher Saatgutssysteme und bäuerlicher Rechte leisten verschiedene Projekte des FAO-Saatgutvertrags und des Global Crop Diversity Trust<sup>20</sup>. Eine stärkere finanzielle und politische Unterstützung beider Institutionen durch die Bundesregierung mit Blick auf die Diversifizierung der Anbausysteme und der Stärkung bäuerlicher Rechte wäre sehr zu begrüßen. Gelegenheit hierzu bietet das Treffen des nächsten Governing Bodies des FAO-Saatgutvertrags im September in Indien.<sup>21</sup> Dort könnte unter

---

<sup>16</sup> <https://www.bundestkanzler.de/bk-de/aktuelles/pressestatements-von-bundestkanzler-scholz-und-premierminister-modi-bei-den-6-deutsch-indischen-regierungskonsultationen-am-2-mai-2022-2029916>

<sup>17</sup> <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/deutsch-indische-regierungskonsultationen-108384>

<sup>18</sup> <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/interview-mit-matthias-berninger-bayer-cheflobbyist-wir-steuern-auf-die-groesste-hungersnot-der-menschheitsgeschichte-zu/28291004.html>

<sup>19</sup> <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/cb4477en.pdf>  
<https://www.klimareporter.de/landwirtschaft/wenn-nur-noch-drei-pflanzen-die-welt-ernaehren>

<sup>20</sup> <https://www.croptrust.org/project/seeds-for-resilience/> und <https://www.croptrust.org/crop/millet/>

<sup>21</sup> <https://www.fao.org/plant-treaty/notifications/detail-events/en/c/1506157/>

anderem ein erfolgreiches vom BMEL finanziertes Projekt zur Wiederherstellung von Saatgutssystemen vorgestellt und für eine Ausweitung auf andere Regionen geworben werden.<sup>22</sup>

## 12. Weizenimportabhängigkeit differenzierter betrachten

Weiter ist es wünschenswert, in der Debatte um die Weizenimportabhängigkeit einzelner afrikanischer Staaten, diese in Zusammenhang mit dem Prozentanteil von Weizenprodukten an der täglichen Kalorienaufnahme pro Person zu betrachten. Die FAO-Food-Balance-Sheets erfassen diese Daten. Erst so kann die Bedeutung von Weizen in der täglichen Ernährung in ein sinnvolles Verhältnis zu den Weizenimporten der jeweiligen Staaten gesetzt werden. In der bisherigen Debatte wird dies nicht getan. Die Bedeutung von Weizen für die Ernährung auf dem afrikanischen Kontinent wird daher überbewertet.. Betrachtet man den Prozentanteil von Weizenprodukten an der täglichen Kalorienaufnahme pro Person dann sticht hervor, dass Tunesien (45,3%), Marokko (40,7%), Ägypten (35,3%), Mauretanien (32,5%) und Sudan (20,7%) einen Anteil von über 20% der täglichen Kalorienversorgung aus Weizen beziehen. Einen Teil dieses Weizens produzieren diese Staaten auch selbst.

Länder wie Tunesien oder Ägypten würde ein Ausfall der Weizenausfuhren Russlands stark treffen. Weizen und andere Lebensmittellieferungen sollten daher weiterhin von den Sanktionslisten ausgenommen bleiben, zumal in Russland für dieses Jahr eine gute Weizenernte erwartet wird. Auch müsste sichergestellt werden, dass das in der Ukraine gelagerten Getreide, das für den Export bestimmt ist, ausgeführt werden kann.

Zentral ist es, Staaten wie Tunesien und Ägypten schnell und unbürokratisch zu helfen, wenn diese die internationale Staatengemeinschaft um Hilfe bitten.<sup>23</sup> Fatal ist es wenn in dieser Situation der Internationale Währungsfonds (IWF) Bedingungen, an die betroffenen Staaten stellt, wie die, Subventionen für Grundnahrungsmittel zurückzufahren. Solchen Forderungen des IWF sollte die Bundesregierung entschieden entgegenreten. Zudem sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass ein starker globaler Fonds für Soziale Sicherheit geschaffen wird.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> <https://www.fao.org/emergencies/fao-in-action/projects/detail/en/c/1250768/>

<sup>23</sup> <https://www.ft.com/content/8d91db0f-8b8d-4184-b81f-0adca85ca692>

<sup>24</sup> <https://www.spoverty.org/2021/06/25/oped-preparing-the-economy-to-face-the-next-shock-the-new-global-fund-for-social-protection/>